

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Vestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 098.

Inserate kosten die 7gesaltene Zeilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwereyer Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Schlachten in Flandern und bei Soissons.

Deutschlands Antwort an Rußland.

Halbamtlich wird unter dem 23. Oktober in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung geschrieben: Mit der gestern von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreiteten Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrates über die Friedensziele, die der Vertreter des Rates bei der Kriegszielekonferenz der Alliierten in Paris zur Geltung bringen soll, ist in Rußland ein weiterer Schritt in der Friedensfrage getan worden. Im Augenblick läßt sich keine Klarheit darüber gewinnen, welche Tragweite dieser Schritt nach innen für Rußland und nach außen für die kämpfenden Parteien haben wird. Der Hauptausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates ist nicht im gegenwärtigen russischen Kabinett vertreten und kann seine Macht im Innern Rußlands nur indirekt durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung ausüben. Für die Wirkung des Friedensschrittes nach außen sind jedenfalls die jüngsten Petersburger Telegramme zu berücksichtigen, nach denen der russische Außenminister Terestchenko erklärt hat, daß es nicht angängig sei, einen Vertreter der russischen Demokratie neben dem offiziellen Vertreter Rußlands bei der Pariser Konferenz zuzulassen.

Vielleicht hat also der Schritt, den der Arbeiter- und Soldatenrat tut, überhaupt keine unmittelbaren Folgen, vielleicht wird er lediglich eine weitere Illustration jener „Zweifeltätigkeit der russischen Diplomatie“ sein, welche der russische frühere Botschafter Baron Rosen in seinem bekannten Briefe an Maxim Gorki vom 9. Oktober zum Ausdruck gebracht hat.

Wie dem auch immer sei, so ist es doch zweifellos als Gewinn zu buchen, wenn ein so einflußreiches Organ wie der Hauptausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates durch bestimmte Stellungnahme zu den Friedensfragen einen praktischen Schritt im Sinne der Annäherung an den Frieden tut. Das Programm, das der Ausschuß aufstellt, ist, wie sich aus den Hauptforderungen erkennen läßt, ein rein russisches. Eine Reihe von Einzelpunkten sind mit unsern Interessen und mit denen unser Bundesgenossen schlechthin unvereinbar. Der Geist aber, von dem es befeelt ist, ist nicht jener, den die neuesten Reden der Herren Aquith und Lloyd George atmen; er hat etwas von dem Geiste des Ausgleichs und der Verständigung, von dem die Beratungen des Deutschen Reichstages über die päpstliche Friedensnote und die programmatische Erklärung des Grafen Czernin in Budapest befeelt waren.

In diesem Sinne kann der Schritt des Arbeiter- und Soldatenrates einen Fortschritt des Friedensgedankens bedeuten. Er ist zweifellos der Ausdruck der Wünsche der Majorität des russischen Volkes, die, wie Baron Rosen sagt, „einen Frieden ersehnt, nach Frieden sehnt, der aber eine einflußreiche Minorität gegenübersteht“, die sich an den Krieg um jeden Preis klammert, eine Parole, deren Erfüllung nach der Meinung des früheren russischen Botschafters, falls sie überhaupt möglich wäre, „nur zur vollständigen Vernichtung Rußlands führen könnte“. Eine Entwidlung, der, in Klammern bemerkt, der treue Verbündete England mit Zustimmung entgegensehen würde. Vielleicht ist die Hoffnung bezweifelhaft, daß die Bemühungen des Arbeiter- und Soldatenrates diesmal sowohl der amtlichen russischen Diplomatie als den Alliierten gegenüber besseren Erfolg haben, als frühere Bemühungen in friedlichem Sinne. In diesem Falle wird das russische Volk Europa und der Welt einen wirklichen Dienst geleistet haben.

Zu dieser halbamtlichen Kundgebung ist folgendes zu bemerken: Die Zweifel, die an der Bedeutung der Friedensworschläge des Hauptausschusses der A- und S-Räte geknüpft werden, sind außerordentlich übertrieben. Gewiß gibt es, nach den Worten des früheren russischen Botschafters in Tokio und ehemaligen Reichsratsmitgliedes Baron Rosen, auch in Rußland „eine einflußreiche Minderheit, die an der Parole des Krieges um jeden Preis“ festhält. Aber um den Schritt des A- und S-Rates, als des anerkannten Vertreters der revolutionären Demokratie Rußlands in seiner ganzen Tragweite zu würdigen, dürfen nicht jene — von einer kleinen Minderheit ausgehenden — Mängel in den Vordergrund gerückt werden, die die Vertretung der russischen Demokratie auf der Pariser Konferenz der Entente-Regierungen herabsetzen oder gar völlig hintertreiben wollen. Vielmehr muß hervorgehoben werden, daß die jetzt erneuerte russische Regierung, obwohl ihr keine offiziellen Vertreter der A- und S-Räte angehören,

durchaus auf dem Boden, der von ihnen seit über einem halben Jahre proklamierter Friedenspolitik steht und insbesondere ihr Recht anerkennt, ihren Vertreter zur Pariser Konferenz zu entsenden. In der Deklaration der neuen Regierung vom 9. Oktober heißt es zur Friedensfrage:

In dem unerschütterlichen Bewußtsein, daß nur der Segen eines allgemeinen Friedens unser großes Vaterland insandsetzen wird, seine schmerzlichen Kräfte zu entsaften, wird die vorläufige Regierung ihre wirkliche äußere Politik fortsetzen und unermüßlich entwickeln im Sinne der demokratischen Grundzüge, die von der russischen Revolution proklamiert wurden, welche in dem Bestreben, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, der jede Vergeßlichkeit von jeglicher Seite ausschließen soll, diese Grundzüge zum Besten des ganzen Volkes gemacht hat.

In vollem Einvernehmen mit den Verbündeten handelnd, wird die vorläufige Regierung demnächst an der Konferenz der Alliierten teilnehmen, wobei die vorläufige Regierung auf ihr vertreten sein wird durch ihre Bevollmächtigten wie auch durch eine Personlichkeit, die das besondere Vertrauen der demokratischen Organisationen genießen wird.

Auf dieser Konferenz werden unsere Vertreter, neben der Lösung der mit den Verbündeten gemeinsamen militärischen Aufgaben, eine Vereinbarung mit ihnen auf dem Boden der von der russischen Revolution proklamierten Prinzipien herbeizuführen suchen.

In ihrem Streben zum Frieden wird die vorläufige Regierung freilich alle ihre Kräfte entspannen zur Verteidigung des gemeinsamen Wertes der Alliierten, zur Verteidigung des Landes, zur entschlossenen Abwehr aller Veruche, Teile des nationalen Gebietes abzutrennen und Rußland einem fremden Willen aufzuzwingen, und zur Vertreibung der feindlichen Heere aus den Grenzen unseres Landes.

Aus diesem offiziellen Programm geht klar hervor, daß auch die neue russische Regierung sich ohne Umschweife auf den Boden des von der Revolution proklamierten Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Völker stellt und daß sie das Recht der revolutionär-demokratischen Organisationen anerkennt, ihren Vertreter auf der Pariser Konferenz zu entsenden. Noch in der Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, die das Friedensprogramm der A- und S-Räte enthält, wird festgestellt, daß der bisherige Arbeitsminister Genosse Stolew zum Vertreter auf der Pariser Konferenz gewählt worden ist. Im übrigen enthält dieses Programm nichts wesentlich Neues, es konstatiert lediglich die schon seit über einem halben Jahr proklamierte Parole des demokratischen Friedens. Es liegt nicht an Rußland, daß diese Parole weder auf Seiten der Entente noch auf der der Mittelmächte den Anklang fand, der erforderlich gewesen wäre, um sie zu verwirklichen. Auch in der oben wiedergegebenen halbamtlichen deutschen Antwort an die A- und S-Räte findet sich die so notwendige klare Anerkennung nicht. Das Friedensprogramm der A- und S-Räte wird als ein „rein russisches“ bezeichnet und eine „Reihe von Einzelpunkten“ als mit unsern Interessen und denen unser Bundesgenossen „schlechthin unvereinbar“ erklärt. Mit einer derartigen Erklärung kann sich die Deffentlichkeit nicht abfinden. Das mindeste wäre, daß, in Ergänzung der halbamtlichen Kundgebung, nachgewiesen wird, inwiefern wir bei dem Friedensprogramm der A- und S-Räte ein „rein russisches“ Programm vor uns haben, und welche Punkte dieses Programms mit unsern Interessen „schlechthin unvereinbar“ seien. Nur dann würde die Deffentlichkeit entscheiden können, ob dieser Kundgebung das Bestreben zugrunde liegt, einen Boden für die Friedensdiskussion zu finden, auf den sich die russische Demokratie stellen könnte, oder ob wir es wiederum nur mit einem platonischen Lippenbekenntnis zu tun haben, das die eigentlichen Kriegs- und Friedensziele der Regierung maskieren soll.

Wir sehen mit großem Interesse einer solchen Äußerung entgegen, können aber schon heute nicht umhin, unsern Skepsis Ausdruck zu geben, die sich nicht nur auf die bereits genannten fundamentalen Mängel der heutigen Kundgebung, sondern auch auf den selbstgerechten Ton stützt, von dem die ganze Kundgebung strömt. Oder soll man etwa nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn man in dieser hochwichtigen Erklärung die Behauptung findet, des Friedensprogramms der A- und S-Räte habe „etwas von dem Geiste des Ausgleichs und der Verständigung“, von dem die Beratungen des Deutschen Reichstages über die päpstliche Friedensnote und die Erklärung des Grafen Czernin befeelt sein? Es stünde innerlich besser um die Sache des Friedens, wenn sowohl der Deutsche Reichstag wie auch Graf Czernin in

ihren praktischen Schritten „etwas von dem Geiste“ zeigten, von dem die russische Revolution und ihre Organe auch in der Friedensfrage befeelt sind.

Eine Anwendung von Würzburg.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung benutzte die Beschuldigung des Anarchisten, die in ausgiebiger Weise in Würzburg gegen die Unabhängige Sozialdemokratie erhoben wurde, um die von Michaelis ausgeländigte Ausnahmebehandlung unserer Partei zu rechtfertigen. Sie schreibt:

Dabei beweist die Charakterisierung der Unabhängigen durch zahlreiche Redner auf dem Würzburger Parteitag, wie recht Michaelis hatte, wenn er dieser Partei einen Platz außerhalb der übrigen Parteien anwies. So erklärte Mollenhuth: „Wir haben eine anarchische Strömung in der Partei. Diese Anarchosozialisten sind eine Hauptursache der Spaltung der Partei.“ Und Gbert führte aus: „Die Taktik der Unabhängigen würde die Arbeiterklasse zum Putschismus führen.“ Ähnlich sprach Kolb-Karlsruhe: „Säßen sie den Mut der Konsequenz, so müßten sie Syndikalisten und Putschisten sein.“ Landberg-Regensburg erklärte: „Bei den Unabhängigen hat die Spaltung einen Geist der Sabotage erfinden.“ Und Brühl-Hannover: „Einigen Führern der Unabhängigen kann ich den guten Glauben nicht zugehen,“ jedenfalls haben sie alle fast jedes Verantwortungsgefühl vermissen lassen.“ Mollenhuth stellte fest: „Mit ihrem wüsten Schimpfen hellten die Unabhängigen den Reichsverband in den Schatten, darüber hinaus sei noch ihr niederträchtiges Verhalten bemerkenswert.“

In der in Würzburg ständig wiederkehrenden Klage über das „Schimpfen“ und „Verleumdungen“, das unsere Partei angeblich Tag für Tag gegen die braven Scheidemänner betreiben soll, müßten wir bei dieser Gelegenheit ein für allemal bemerken, daß diese Klage nichts weiter als ein Ausfluß des abstoßendsten Pharisäismus ist. Wenn die Herren Regierungssozialisten wissen wollen, was Schimpfen und Verleumdungen ist, so mühen sie die Nase nur in einige ihrer wertigen Organe stecken, wie z. B. das in Leipzig erscheinende, unter hohem Schutz des Unterrichtsministeriums stehende Blatt, das die persönliche Verunglimpfung zur Spezialität erhoben hat. Mühen wird den Herren solche Vektive natürlich nicht, denn was sie nicht sehen mühen, das sehen sie nicht. Sie bringen es fertig, sich fittlich zu entziehen, daß wir sie mit dem „Schimpfwort“ Regierungssozialisten bezeichnen, während sie vom Tage ihrer Entlassung an die Oppositen: mit den Worten Anarchosozialisten und Anarchosyndikalisten, Putschisten und Saboteure bedacht haben, mit Ausdrücken, die in ihren Augen auch nicht gerade Rosenkranz sind.

Die französische Regierungskrise.

Die Krise des Kabinetts Poincaré hat zu einem Rücktrittsgesuch des Gesamtministeriums geführt, das den öffentlichen Zweck hatte, auf diesem Wege Ribot aus der Regierung herauszubringen. Der Präsident hat das Rücktrittsgesuch abgelehnt, die Minister bleiben im Amt außer Ribot. An dessen Stelle tritt aber nicht etwa ein entschiedener Gegner der Politik Poincaré, kein Radikalsozialist und kein Sozialist, sondern niemand anders wie Barthou. Auch Barthou gehört zu den kriegserfahrenen Chauvinisten. Seine Stellung ist erklärt durch die Tatsache, daß man auf der Seite der Linken in den letzten Tagen der Krise die Ablösung des Kabinetts Poincaré durch eine Kombination Clemenceau-Barthou fürchte, in Verbindung mit Gerüchten, die von einer Aussöhnung der erbitterten Gegner Poincaré und Clemenceau sprachen.

Die Methode, mit der jetzt die Umbildung des Kabinetts Poincaré erfolgt, entspricht durchaus seiner Entstehung. Nachdem Poincaré erklärt hatte, daß er keine Regierung ohne die Sozialisten bilden werde, hat er eine Regierung mit Ribot als Minister des Innern gebildet. Jetzt schickt er Ribot aus, aber nur, um an dessen Stelle Barthou als Minister des Innern ins Kabinett zu nehmen.

Die Linke hat gefürchtet, daß das Ministerium des Innern an Barthou fallen könnte. Aus dieser Furcht heraus hat sie dem Kabinett Poincaré das Vertrauen bisher nicht verweigert. Jetzt sind diese Befürchtungen bestätigt worden. Bei der Gruppe der Radikalsozialisten wird das Kabinett Poincaré in Zukunft noch weniger Rückhalt finden als bisher. Namentlich bei der Gruppe Gaitan dürfte die Spaltung Barthou in der Gaitan-Affäre noch in unklarer Erinnerung sein. Ob durch den Ministerwechsel innerhalb der Regierung Poincarés zu einer Festigung der Stellung der Regierung beitragen wird, ist zum mindesten zweifelhaft.